

Im Alter zu arbeiten soll sich wieder stärker lohnen

Wer als Senior werkt, muss bis zu einer Grenze keine Pensionsversicherungsbeiträge mehr zahlen.

Wien. Um Anreize für längeres Arbeiten zu schaffen, sollen Personen, die nach dem Regelpensionsalter neben der Pension weiterarbeiten, künftig bis zu einer gewissen Verdienstgrenze keine Pensionsversicherungsbeiträge mehr zahlen. Darauf habe man sich mit dem grünen Koalitionspartner geeinigt, erklärte ÖVP-Klubobmann August Wöginger gemeinsam mit ÖVP-Seniorenbund-Präsidentin Ingrid Korosec am Dienstag.

Konkret soll der Dienstnehmeranteil der Pensionsversicherungsbeiträge bis zu einem Verdienst in der Höhe der doppelten Geringfügigkeitsgrenze entfallen. Derzeit wäre diese Grenze bei rund 1000 Euro. Auf ein Jahr gerechnet würden sich arbeitende Pensionisten damit rund 1200 Euro an Beiträgen ersparen, so Wöginger. Die Maßnahme soll vorerst auf zwei Jahre beschränkt werden und 2025 umfassend evaluiert werden.

Zugleich wird der Bonus für jene Personen, die nach Erreichen des gesetzlichen Eintrittsalters nicht in Pension gehen und weiterarbeiten, von 4,2 Prozent auf 5,1 Prozent pro Jahr erhöht. Eine Härtefallregel soll außerdem harte Konsequenzen bei einer geringen Überschreitung der Geringfügigkeitsgrenze bei Erwerbstätigkeit neben der Korridorpension verhindern.

Zur Erleichterung von Vollzeitarbeit soll es künftig für Teilzeitbeschäftigte einen Rechtsanspruch auf eine rechtzeitige Information, wenn im Betrieb Vollzeitstellen ausgeschrieben werden, geben. Die Initiativanträge der Regierung sollen im November in den Nationalrat eingebracht werden und wenn möglich noch heuer beschlossen werden. (APA)

„Klar judenfeindliche Haltung“

Bildung. Antisemitismus an den Schulen wird gerade in den Zentralräumen durch den Krieg im Nahen Osten immer mehr zum Thema. Die Grundhaltung gebe es aber schon viel länger.

VON ELISABETH HOFER

Wien. Im Wesentlichen sei, was die Schüler sagen, das, was sie auf TikTok-Kanälen mitbekämen: Israel sei böse, endlich habe man sich nun gegen 75 Jahre Besatzung gewehrt. So beschreibt Christian Klar, Direktor einer Mittelschule in Wien Floridsdorf und dort auch ÖVP-Bildungssprecher, im Gespräch mit der „Presse“ die Situation, wie er sie aus Gesprächen mit seinen größtenteils muslimischen Schülern mitbekomme. Zum Ausbruch des Krieges sei es überraschend ruhig gewesen, aber in den folgenden Tagen habe sich gezeigt, dass es „eine klar juden- und israelifeindliche Haltung bei den Kindern gibt“, hatte Klar zuvor im Ö1-„Morgenjournal“ gesagt.

Einfach davon abzubringen seien die meisten Kinder und Jugendlichen nicht. Denn die entsprechende Grundhaltung hätten sie schon lang zuvor gehabt. Das habe sich etwa bereits 2015 nach dem islamistisch motivierten Terroranschlag in Paris auf „Charlie Hebdo“ gezeigt und sei durch den Nahostkonflikt jetzt wieder stärker an die Oberfläche gelangt. Dadurch ergebe sich trotz allem Schrecklichen nun aber auch eine Chance, etwas dagegen zu tun, sagt Klar, „vielleicht die letzte Chance“.

Dazu ist es in seinen Augen wichtig, die Schule möglichst säkular zu halten. Das sage der Schulleiter den Schülern und ihren Eltern auch in Gesprächen über Probleme klar. „Re-



Viele junge Menschen informieren sich vor allem über soziale Medien. (Slova)

ligion und damit auch der Islam haben Platz im Religionsunterricht, aber sonst nicht an der Schule“, teile er ihnen mit. Viele könnten damit zunächst nicht gut umgehen. Darum wünscht sich Klar bessere Sanktionsmöglichkeiten, wenn Regeln nicht eingehalten werden. Als Beispiele nennt er Verhaltensnoten auch in den Abschlussklassen und die Möglichkeit zum Schulverweis, auch wenn die Schulpflicht noch nicht erfüllt ist. „Zum Schutz der anderen Kinder.“ Sein Wunsch sei es, dass von der Politik ernst genommen würde, „auf was wir hier zusteuern“. Damit sei gemeint, dass Werte der liberalen Demokratie in Gefahr seien, sagt Klar.

Problem in Zentralräumen

Andere halten die Lage für weniger angespannt – zumindest nicht in ganz Österreich. „In Wien hat sich die Situation etwas zugespitzt, in den anderen Bundesländern ist es relativ ruhig geblieben“, sagt der oberste Pflichtschullehrervertreter, Paul Kimberger. Freilich gebe es aber seit Jahren Herausforderungen rund um die Themen Integration und Unterrichtssprache Deutsch – und das vor allem in den Zentralräumen. Probleme mit Parallelgesellschaften gebe es aber nicht nur in der Schule, diese sei immer nur ein Spiegel

der Gesamtgesellschaft. „Darum irrt die Politik auch, wenn sie glaubt, dass man diese Probleme in den Schulen allein lösen kann.“

Die Lehrkräfte täten ohnehin ihr Möglichstes, genug Unterstützung gebe es dabei aber nie. Etwa könnte man in Sachen Sprachförderung mehr tun oder mehr Unterstützungspersonal zur Verfügung stellen, „wie es in anderen OECD-Staaten längst Standard ist“, sagt Kimberger.

In Wien arbeitet die Bildungsdirektion derzeit mit Experten an konkretem Unterrichtsmaterial für alle Altersstufen. „Schulen müssen sichere Orte für alle sein. Es gibt null Toleranz bei Gewalt oder Hass“, sagt Bildungsdirektor Heinrich Himmer. Er verweist auf die Unterstützung durch die Schulaufsicht und die Schulpsychologie sowie auf bestehende Projekte, die Schulen bei Problemen mit Radikalisierung und Antisemitismus unterstützen.

Der Vorschlag, gerade in Bezug auf die Diskussionen rund um den Nahostkonflikt Security-Personal an die Schulen zu schicken, sieht Bildungsstadträtin Christoph Wiederkehr (Neos) kritisch. „Unsere Strategie basiert auf Prävention sowie auf klaren Konsequenzen für inakzeptables Verhalten. Security-Maßnahmen werden das Problem nicht lösen.“

“Die Politik muss ernst nehmen, worauf wir hier zusteuern.“

Christian Klar
Schuldirektor,
ÖVP-Politiker

Abrechnung. Christian Hafenecker brachte seine Erfahrungen als blauer Fraktionsführer in zwei Untersuchungsausschüssen zu Papier.

„Kurz mal weg“: FPÖ-General schrieb Buch über Ex-Kanzler

Wien. Nach mehreren Kino-Dokumentationen und Büchern beschäftigt sich nun ein weiteres Werk mit Ex-Kanzler und Ex-ÖVP-Chef Sebastian Kurz: Mit „Kurz mal weg“ hat FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker ein Buch verfasst, das seine persönlichen Erfahrungen als blauer Fraktionsführer in zwei Untersuchungsausschüssen zusammenfasst. Das Ergebnis fällt erwartungsgemäß nicht schmeichelhaft aus. Die ÖVP habe unter Kurz versucht, sich aller Institutionen zu bemächtigen, lautet sein Resümee.

Kurz habe versucht, die ÖVP als Waffe einzusetzen, dieser Versuch sei kläglich misslungen, sagte Hafenecker bei der Präsentation des Buchs am Dienstag. Man habe den Eindruck gehabt, dass es mit der ÖVP eine Partei gibt, die alle Institutionen des Staates missbrauche. Und auch in den U-Ausschüssen habe man immer wieder mit einem „Sperrfeuer“ der Türken zu tun gehabt, so der FPÖ-Generalsekretär. Selbst Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) habe als Vorsitzender jegliche Distanz verloren.

Nun stehe Kurz vor Gericht, und mit ihm das ganze „System“, so Hafenecker, denn: „Letztendlich stürzt man über seine eigene

Gier und seinen eigenen Machtrausch.“ Nicht nur der Ex-Kanzler spielt in „Kurz mal weg“ eine Rolle, sondern auch seine einstigen Vertrauten wie etwa Thomas Schmid, der nun Kronzeuge in der Umfrage-Affäre werden will. Der einstige Finanz-Generalsekretär sei aufgrund seiner sichergestellten Chats der „Chronist der ÖVP“. Auch Investor René Benko kommt im Buch nicht gut weg.

Kurz im „Big-Data-Universum“

Auch auf die Frage, was aus Kurz inzwischen wurde, hat Hafenecker klare Antworten: Dieser sei inzwischen „ganz tief im globalistischen Big-Data-Universum aufgeschlagen“, habe viel Zeit in den Vereinigten Staaten verbracht und sich mit „Datensammlern der Sonderklasse“ getroffen. Auch Hafeneckers ehemalige Fraktionskollegin im U-Ausschuss, Susanne Fürst, bewarb das Werk. Das politische Erbe Kurz‘ sei es wahrlich wert, aufgearbeitet zu werden, damit es nicht zu Wiederholungen kommen kann, sagte sie.

Im Hinblick auf eine künftige Regierung mit den Blauen meinte Hafenecker, dass es mit der ÖVP ohne Reformen nicht gehen werde. (APA)

WIR GEBEN KINDERN WIEDER EIN ZUHAUSE

SPENDEN UNTER
WWW.PROJUVENTUTE.AT
SPENDENKONTO:
IBAN: AT61 2040 4000 4040 4600

pro Juventute